

Motion Reto Nause (CVP): Aufgaben- und Verzichtsplanning

Ich fordere den Gemeinderat auf, dem Stadtrat so rasch als möglich eine Aufgaben- und Verzichtsplanning vorzulegen. Diese muss

1. die Kernaufgaben definieren,
2. auf überholte Aufgaben verzichten,
3. Standards und Kosten der Aufgabenerfüllung hinterfragen,
4. darauf aufbauend verbindliche Ziele in der Personalentwicklung festlegen.

Für die CVP steht bei der Aufgaben- und Verzichtsplanning im Vordergrund, dass die ansteigenden Konsumausgaben auf ein vertretbares Niveau reduziert werden, damit die Stadt wieder Spielraum für eigentliche Investitionsausgaben erhält. Da eine Aufgaben- und Verzichtsplanning möglicherweise auch Restrukturierungen und Reglementsänderungen zur Folge hat, ist sie mit einem mittelfristigen Zeithorizont anzugehen. Der Stadtrat muss seine Beschlüsse 2007 fassen können, damit die Umsetzung in der Legislatur 2008 bis 2011 erfolgen kann.

Begründung

Die geforderte Aufgaben- und Verzichtsplanning hinterfragt grundsätzlich bestehende Strukturen und geht über eine Planung der Prioritäten im Zuge des Budgetprozesses hinaus. Sie umfasst Fragen der effizienten Verwaltungsorganisation, der Strukturen und der Leistungen. Sie ist dringend notwendig, wenn die Stadt Bern finanziell saniert werden muss.

Bern, 26. Oktober 2006

Motion Reto Nause (CVP), Edith Leibundgut, Simon Glauser, Ueli Jaisli, Lydia Riesen-Welz, Rudolf Friedli, Dieter Beyeler, Peter Bühler, Ueli Haudenschild, Ernst Stauffer, Stefan Bärtschi, Thomas Weil, Christian Wasserfallen, Hans Peter Aeberhard, Christoph Müller, Beat Schori, Sandra Wyss, Jacqueline Gafner Wasem

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat in mehreren Finanzklausuren und nach Rücksprache mit den Fraktionen am Runden Tisch Haushaltverbesserungsmassnahmen beschlossen. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass der mittelfristigen Planung, welche über die Planung im Zuge des Budgetprozesses hinausgeht, eine entscheidende Rolle zufällt. Bei einer Aufgaben- und Verzichtsplanning steht die Frage im Vordergrund, ob die Stadt Bern die richtigen Leistungen erbringt, ob deren Umfang stimmt und sinnvoll ist und ob die Art und Weise der Aufgabenerfüllung und Leistungserbringung optimal ist. Dies sind Fragen, welche sich der Gemeinderat permanent stellt. Aus diesem Grund spricht sich der Gemeinderat – nicht zuletzt auch wegen des zu erwartenden grossen Mehraufwands für die Verwaltung – gegen ein neues Gefäss einer Aufgaben- und Verzichtsplanning aus. Der Gemeinderat lehnt die Motion ab; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 27. Februar 2007

Der Gemeinderat